

NORTH ATLANTIC
TREATY
ORGANISATION



Treaty Series No. 77 (1963)

Administrative Agreement

to Article 60 of the Agreement to
supplement the Agreement between the Parties to the
North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces
with respect to Foreign Forces stationed in
the Federal Republic of Germany

Bonn, August 3, 1959

[The Agreement entered into force for the United Kingdom on July 1, 1963]

*Presented to Parliament by the Secretary of State for Foreign Affairs
by Command of Her Majesty
December 1963*

LONDON

HER MAJESTY'S STATIONERY OFFICE

PRICE 1s. 6d. NET

Cmnd. 2189

VERWALTUNGSABKOMMEN ZU ARTIKEL 60 DES ZUSATZABKOMMENS ZU DEM ABKOMMEN ZWISCHEN DEN PARTEIEN DES NORDATLANTIKVERTRAGES ÜBER DIE RECHTSSTELLUNG IHRER TRUPPEN HINSICHTLICH DER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND STATIONIERTEN AUSLÄNDISCHEN TRUPPEN

Zur Ausführung des Artikels 60 des in Bonn am 3. August 1959 unterzeichneten Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen bezeichnet) sind die Regierungen

DES KÖNIGREICHS BELGIEN,

DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,

DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,

KANADAS,

DES KÖNIGREICHS DER NIEDERLANDE,

DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND
und

DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

ARTIKEL 1

Beantragung von Leistungen

(1) Die Bereitstellung von Fernmeldeleistungen wird von den dazu bestimmten Behörden einer Truppe bei der zuständigen Dienststelle der Deutschen Bundespost beantragt.

(2) (a) Die Anträge werden schriftlich gestellt.

(b) Bei dringendem Bedarf können sie ausnahmsweise fermündlich, fernschriftlich oder telegraphisch gestellt werden. Solche Anträge sind binnen 48 Stunden schriftlich zu bestätigen.

(3) Mit Ausnahme von Regelquerverbindungen und Regelnebenanschlußleitungen werden Fernmeldeleitungen nach dem NALLA-Verfahren beantragt. Abweichungen von diesem Verfahren können zwischen einer Truppe und dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen vereinbart werden.

ARTIKEL 2

Ausführung der Leistungen

(1) Die Deutsche Bundespost führt Anträge auf Fernsprech- und Fernschreib-Hauptanschlüsse, -Nebenanschlüsse und Leitungen aller Art innerhalb von sieben Tagen aus, soweit dies technisch möglich ist.

(2) Bei dringendem Bedarf können dazu besonders bestimmte Dienststellen einer Truppe die Herstellung der in Absatz (1) genannten Fernmelde-einrichtungen mit Vorrang beantragen. Die Deutsche Bundespost führt solche Anträge in der Regel binnen 48 Stunden aus.

ARTIKEL 3

Ausnahmehauptanschlüsse und Ausnahmenebenanschlüsse

(1) aus zwingenden militärischen Gründen können Ausnahmenebenanschlüsse über Entfernungen von mehr als fünfundzwanzig Kilometern (Luftlinie) und Ausnahmehauptanschlüsse beantragt werden. Solche Anträge werden ausschliesslich von hohen militärischen Kommandostellen einer Truppe gestellt.

(2) Für die Ausführung dieser Leistungen gilt Artikel 2.

ARTIKEL 4

Überlassung von Fernmeldeleitungen

(1) Für die Regelnebenanschlussleitungen der amerikanischen, britischen und französischen Truppe sowie der kanadischen Luftwaffe gelten Pauschtarife, bei deren Berechnung die durchschnittliche Leitungslänge für jede dieser Truppen berücksichtigt wird. Für die kanadische Brigade gilt der auf die britische Truppe angewendete Pauschtarif.

(2) Für Fernmeldeleitungen, die auf Antrag einer Truppe auf Umwegen geführt werden, berechnen sich die Gebühren nach der Luftlinienentfernung zwischen dem Ausgangspunkt, den Umwegpunkten und dem Endpunkt der Leitung.

(3) Die Nebenstellenanlagen der Truppen können sowohl untereinander als auch mit denen der Bundeswehr durch Regel- und Ausnahmequerverbindungen zusammengeschaltet werden. Die Herstellung solcher Leitungen wird auf das unbedingt notwendige Mass beschränkt und bedarf in jedem Einzelfall einer Vereinbarung zwischen den dazu bestimmten Vertretern der Befehlshaber der beteiligten Truppen und dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.

(4) Bei Störungen von Fernmeldeleitungen wird nach Möglichkeit eine Ersatzleitung geschaltet, wenn zu übersehen ist, dass die Störung länger als sechs Stunden dauert.

(5) Ist keine Ersatzleitung geschaltet worden, so wird bei Fernsprech- und Fernschreib-Ausnahmequerverbindungen und bei Ausnahmenebenanschlussleitungen über fünfundzwanzig Kilometer, die nach innerdeutschen Tarifen

bezahlt werden, für jeden Kalendertag, an dem die Leitung ununterbrochen mehr als zwölf Stunden betriebsunfähig ist, ein Dreissigstel der Monatsgebühr erstattet. Als Beginn der Störung rechnet der Eingang der Störungsmeldung bei der zuständigen Dienststelle der Deutschen Bundespost.

(6) Soweit für die Benutzung internationaler Leitungen CCITT-Gebührensätze gelten, richtet sich die Gebührenerstattung bei Störungen nach den Empfehlungen des CCITT.

(7) Überlassene innerdeutsche Fernsprechleitungen können abwechselnd oder gleichzeitig zum Sprechen, zum Übertragen von Bildern oder Faksimiles und zur Übertragung von Telegraphiezeichen mit einem Ein-Kanal-Gerät benutzt werden. Ein Gebührenzuschlag wird nicht erhoben.

(8) (a) Die Deutsche Bundespost überlässt einer Truppe Wechselstromtelegraphie-Grundleitungen zur Mehrfachausnutzung mit Wechselstromtelegraphiegeräten oder mit Übertragungsgeräten für maschinelles Berichts-wesen.

(b) Die Gebühr für eine solche Grundleitung beträgt das Eineinhalbfache der Gebühr für eine Fernsprechleitung, unabhängig von der Zahl der in Betrieb befindlichen Kanäle.

(9) (a) Die Endeinrichtungen, welche für die in den Absätzen (7) und (8) vorgesehenen Zwecke benutzt werden, werden von der Truppe beschafft, gewartet und entstört.

(b) Typen derartiger Endeinrichtungen werden vor ihrer Inbetriebnahme der Deutschen Bundespost zur Prüfung zugänglich gemacht. Teile der Endeinrichtungen, die der militärischen Geheimhaltung unterliegen, werden nur hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das öffentliche Netz untersucht. Die Deutsche Bundespost wird in jedem Falle von dem Anschluss derartiger Endeinrichtungen an überlassene Leitungen vorher in Kenntnis gesetzt, es sei denn, dass dies bei Manövern oder anderen Übungen für Einrichtungen, die den in Absatz (7) vorgesehenen Zwecken dienen, nicht durchführbar ist.

(c) Endeinrichtungen, welche für die in den Absätzen (7) und (8) vorgesehenen Zwecke benutzt werden, werden ausserhalb der Räume der Deutschen Bundespost untergebracht. Abweichungen hiervon können bei Manövern und anderen Übungen vereinbart werden.

ARTIKEL 5

Fernsprechnebenstellenanlagen

(1) Bei bestehenden Nebenstellenanlagen werden Abweichungen von den deutschen Vorschriften nicht beanstandet, falls sie auf das öffentliche Fernsprechnetzt nicht nachteilig einwirken.

(2) Bestehende Nebenstellenanlagen mit Durchwahlmöglichkeit zu den Nebenstellen, die nicht mit Abfrageplatz und Abwurfleinrichtung ausgestattet sind, können in dieser Form weiter betrieben werden. Neue Nebenstellenanlagen dieser Art werden nur in Ausnahmefällen erstellt.

(3) (a) Für die in Absatz (2) genannten Nebenstellenanlagen wird für jede ankommend und wechselseitig betriebene Amtsleitung eine zusätzliche monatliche Gebühr erhoben.

(b) Die Gebühr wird erst erhoben, wenn in dem von einer Truppe benutzten Fernsprechnetz der Deutschen Bundespost die technischen Voraussetzungen für den Abwurf von Fernverbindungen in Nebenstellenanlagen mit Durchwahlmöglichkeit geschaffen sind und alle deutschen Nebenstellenanlagen mit Durchwahlmöglichkeit im Bereich dieses Ortsnetzes den von der Deutschen Bundespost gestellten Anforderungen entsprechen.

(c) Die Höhe der für alle Ortsnetze einheitlichen Gebühr wird im gegenseitigen Einvernehmen festgesetzt.

(4) Das Zusammenschalten von Ausnahmekwerverbindungen mit den Amtsleitungen der Nebenstellenanlagen durch Selbstwahl muss mittels technischer Vorkehrungen verhindert sein. Auf dieses Erfordernis kann bei handbedienten Vermittlungseinrichtungen verzichtet werden, wenn eine Truppe anderweitig sicherstellt, dass nur in dringenden dienstlichen Fällen und nur mit Fernsprechteilnehmern derjenigen Fernsprechnetze zusammengeschaltet wird, in denen die Nebenstellenanlagen liegen.

(5) Für Zweitnebenstellenanlagen einer Truppe werden abgehende und bis zu zwei ankommend oder wechselseitig betriebene Amtsleitungen zur Vermittlungsstelle am Ort der Zweitnebenstellenanlage zugelassen. Die Durchschaltung dieser Amtsleitung zur Erstnebenstellenanlage muss mittels technischer Vorkehrungen verhindert sein.

(6) Die Zahl der bei einem Nebenanschluss parallel geschalteten Apparate ist für nicht amtsberechtignte Nebenstellen unbegrenzt. Für amtsberechtigte Nebenstellen sollen nicht mehr als zwei Apparate parallel geschaltet werden. Schaltet eine Truppe in Ausnahmefällen bei amtsberechtignten Nebenstellen mehr als zwei Apparate parallel, so hat sie die daraus herrührenden Störungen und Betriebsschwierigkeiten zu vertreten.

ARTIKEL 6

Mindestüberlassungsdauer

(1) Die Mindestüberlassungsdauer für Hauptanschlüsse und Leitungen beträgt drei Monate. Ohne Rücksicht hierauf können Hauptanschlüsse und Leitungen bei Manövern, Übungen und ähnlichen Anlässen für kurze Zeit (im Sinne des § 16 der Fernsprechordnung vom 24. November 1939, Amtsblatt des Reichspostministers, Seite 859) überlassen werden.

(2) Auf bestehende posteigene Nebenstellenanlagen werden die deutschen Vorschriften über die Mindestüberlassungsdauer nicht angewendet.

ARTIKEL 7

Kündigung

(1) Hauptanschlüsse können nach Ablauf der Mindestüberlassungsdauer von drei Monaten zum Ende jeden Monats gekündigt werden. Die Kündigung muss der Deutschen Bundespost bis zum Zwanzigsten des Monats zugehen.

(2) Leitungen können nach Ablauf der Mindestüberlassungsdauer von drei Monaten mit zehntägiger Kündigungsfrist zu jedem beliebigen Zeitpunkt gekündigt werden.

ARTIKEL 8

Abrechnungszverfahren

(1) Für die Abrechnung der Fernmeldeleistungen für eine Truppe gelten die nachstehenden Abweichungen von dem üblichen deutschen Verfahren:

- (a) Die Zahlfrist beträgt für alle Rechnungen dreissig Tage.
- (b) Am fünfundvierzigsten Kalendertage nach Absendung der Rechnungen wird zur Bezahlung noch ausstehender Rechnungsbeträge schriftlich aufgefordert. Bei Gebührenrückständen kommen die Erhebung von Verzugszinsen und die Sperre von Fernmeldeeinrichtungen nicht in Betracht.
- (c) Fernmelderechnungen, bei denen eine Truppe einzelne Beträge beanstandet, werden mit allen zugehörigen Belegen unverzüglich an die absendende Dienststelle zurückgegeben. Falls sich eine Einigung über die Beanstandungen nicht sofort nach Rückgabe der Rechnung erzielen lässt, wird eine neue vorläufige Rechnung ohne die strittigen Beträge ausgestellt. Es ist anzustreben, innerhalb von dreissig Tagen eine Einigung über die strittigen Forderungen herbeizuführen. Erklärt sich die Truppe zu deren Zahlung bereit, so werden sie in die nachfolgende Regel-Fernmelderechnung aufgenommen, und die Truppe wird hierüber vorher schriftlich unterrichtet.
- (d) (i) Alle Beträge, die beim Ablauf des Haushaltsjahres einer Truppe noch strittig sind, werden auf Antrag der Truppe in die Rechnungen des letzten Kalendermonats dieses Haushaltsjahres aufgenommen. Die strittigen Beträge werden als solche gekennzeichnet. Die Verhandlungen über eine Einigung sind fortzusetzen. Die anderen Beträge der Rechnungen sind innerhalb von dreissig Tagen zu bezahlen.
(ii) Versehentlich nicht in die Rechnungen am Schluss des Haushaltsjahres einer Truppe aufgenommene strittige Beträge werden in eine spätere Regelrechnung aufgenommen. Die Truppe erhält hierüber einen besonderen schriftlichen Bescheid, der wie eine Rechnung alle für die Bezahlung der strittigen Beträge erforderlichen Angaben enthält.
- (e) Die Rechnungen über die beim Fernmeldetechnischen Zentralamt verrechneten Leitungsgebühren werden nach dem Zwanzigsten jeden Monats gesammelt vorgelegt. Sie enthalten die bis zum Rechnungsschlussstag beim Fernmeldetechnischen Zentralamt erfassten Gebühren für den laufenden Kalendermonat. Die nach dem Rechnungsschlussstag erfassten Gebühren werden im nächsten Monat in Rechnung gestellt. Über Leitungen für Manöver und andere Übungen werden besondere Rechnungen ausgestellt.

(2) Andere Abweichungen von dem Abrechnungsverfahren, die nur eine Truppe betreffen, können zwischen den Behörden der Truppe und dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen vereinbart werden.

ARTIKEL 9

Gebührenbestimmungen

(1) Für eine Truppe gelten folgende Abweichungen von den deutschen Vorschriften über Fernmeldegebühren:

- (a) Die Gebühr für die Überlassung einer Fernsprech-Ausnahmequer-
verbindung (§ 7 Absatz (1) Satz 3 der Fernsprechordnung) beträgt ohne
Rücksicht auf die Länge je 100 Meter monatlich 1,20 Deutsche Mark.
- (b) Die Gebühr für die Überlassung einer Fernschreib-Ausnahmerquer-
verbindung (Anlage zur Verordnung über Gebühren für Nebentele-
graphen und für den Fernschreibdienst vom 12. Juni 1942, Amtsblatt
des Reichspostministers, Seite 415, unter II A 4) beträgt ohne
Rücksicht auf die Länge je 100 Meter monatlich 0,45 Deutsche Mark.

(2) Die Gebühr für den Ausfall an Gesprächsgebühren (§§ 6 und 7 der Fernsprechordnung) wird ohne Rücksicht auf die Länge für den Teil einer Verbindung nicht erhoben, der in Fernmeldelinien (das sind alle Arten von Kabeln, Freileitungen und Funklinien) verläuft, die aus Heimatmitteln einer Truppe oder aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln erbaut worden sind.

(3) Absatz (2) gilt entsprechend für den einmaligen Kostenzuschuss für Nebenanschlussleitungen (§ 6 der Fernsprechordnung).

ARTIKEL 10

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am Tage des Inkrafttretens des Zusatzabkommens in Kraft.

**ADMINISTRATIVE AGREEMENT TO ARTICLE 60 OF THE
AGREEMENT TO SUPPLEMENT THE AGREEMENT
BETWEEN THE PARTIES TO THE NORTH ATLANTIC
TREATY REGARDING THE STATUS OF THEIR FORCES
WITH RESPECT TO FOREIGN FORCES STATIONED IN THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY**

For the purpose of implementing Article 60 of the Agreement to supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany, signed at Bonn on 3rd August 1959⁽¹⁾ (hereinafter referred to as the Supplementary Agreement), the Governments of

THE KINGDOM OF BELGIUM,

CANADA,

THE FRENCH REPUBLIC,

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,

THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND, and

THE UNITED STATES OF AMERICA,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

ARTICLE 1

Applications for Service

1. Applications for telecommunication services shall be made to the competent agency of the German Federal Post by the authorities of a force designated for that purpose.

2. (a) Applications shall be submitted in writing.

(b) In the event of urgent necessity applications may, in exceptional cases, be made by telephone, teleprinter, or telegraph. Such applications shall be followed by written confirmation within forty-eight hours.

3. Applications for telecommunication lines, except for local-area tie lines and local-area private branch extensions (hereinafter referred to as PBX extension lines), shall be made pursuant to NALLA procedure. Deviations from this procedure may be agreed between a force and the Federal Ministry of Posts and Telecommunications.

⁽¹⁾ "Treaty Series No. 73 (1963)", Cmnd. 2191.

ARTICLE 2

Provisions of Service

1. Insofar as it is technically possible, the German Federal Post shall fulfil applications for telephone main stations, teleprint main stations, PBX extension stations and circuits of all kinds within seven days.

2. In the event of urgent necessity, authorities of a force, specially designated for that purpose, may apply for priority installation of the telecommunication facilities listed in paragraph 1 of this Article. The German Federal Post shall normally fulfil such applications within a period of forty-eight hours.

ARTICLE 3

Out-of-area Main Stations and Out-of-area PBX Extension Stations

1. In cases of compelling military reasons, applications may be made for out-of-area PBX extension stations over an airline distance in excess of twenty-five kilometres and for out-of-area main stations. Such applications shall be made only by high military headquarters of a force.

2. The execution of such services shall be governed by Article 2 of the present Agreement.

ARTICLE 4

Leasing of Telecommunication Lines

1. For local-area PBX extension lines leased to the United States, British, and French Forces, and the Royal Canadian Air Force, flat rates calculated on the basis of the average length of the circuits provided for each of such forces shall apply. The flat rate applicable to the British force shall apply to the Canadian brigade.

2. The charges for detour routing, if such routing be requested by a force, shall be based on the airline distances between the starting point, the points of detour and the end point of the route.

3. Both between the several forces and between them and the German Armed Forces PBXs may be interconnected by local-area and out-of-area tie-lines. Such interconnections shall be limited to the indispensable minimum, and shall in each specific case require an agreement between representatives of the Commanders of the forces concerned, who have been designated for that purpose, and the Federal Ministry of Posts and Telecommunications.

4. A substitute line shall be made available if possible, whenever it becomes evident that an interruption of service will last longer than six hours.

5. Where no substitute line has been made available in the case of out-of-area telephone and teleprinter tie lines and of out-of-area PBX extension lines exceeding twenty-five kilometres, paid for in accordance with the internal German tariffs, one thirtieth of the monthly charge shall be reimbursed for each calendar day during which the line is continuously

interrupted for more than twelve hours. Such interruption shall be deemed to have commenced when the appropriate agency of the German Federal Post received notification thereof.

6. Wherever CCITT rates apply to the use of international lines, reimbursement for interruptions in such lines shall be calculated in accordance with CCITT recommendations.

7. Internal German leased telephone circuits may be used alternatively or simultaneously for speech, the transmission of photos or facsimiles, or the transmission of telegraphic signals by means of single channel equipment. No additional charge shall be made therefor.

8. (a) The German Federal Post shall lease to a force basic circuits for voice frequency carrier telegraphy for multi-channel operation with voice frequency carrier telegraphy equipment or with transmission equipment for mechanical reporting.

(b) The charge for such basic circuit shall be one and a half times the charge for a telephone line, irrespective of the number of channels used.

9. (a) The force shall procure and maintain the terminal equipment used for the purposes set forth in paragraphs 7 and 8 of this Article and shall undertake to eliminate any interference from such equipment.

(b) Specimens of such terminal equipment shall prior to being taken into use be made available to the German Federal Post for tests. Such terminal equipment components as are subject to military security classification shall only be subject to test for their effect upon the public network. The German Federal Post shall in any case be notified prior to the connection of such terminal equipment to leased lines except where such action is impracticable in the event of manoeuvres or other training exercises for equipment serving the purposes set forth in paragraph 7 of this Article.

(c) Terminal equipment utilised for the purposes set forth in paragraphs 7 and 8 of this Article shall not be located within German Federal Post premises. Deviations herefrom may be agreed to for manoeuvres and other training exercises.

ARTICLE 5

PBXs

1. Deviations from German regulations in the case of existing PBXs shall be permissible where they do not adversely affect the public network.

2. Existing PBXs which permit through-dialling to extension stations but which are not equipped with answering position and transfer facilities may continue to be operated in this condition. New PBXs of this type shall be installed only in exceptional cases.

3. (a) An additional monthly charge shall be payable for each incoming or alternatively operated exchange line in the case of the PBXs referred to under paragraph 2 of this Article.

(b) The charge shall be payable only after the technical devices for the automatic transfer of trunk calls (automatic rerouting to the PBX switchboard operator in case of busy extensions) within PBXs which permit through-dialling have been provided within the German Federal Post local exchange

area used by a force, and after all German PBXs within this local exchange area which permit through-dialling have been made to conform to the requirements of the German Federal Post.

(c) The charge shall be uniform in all local exchange areas and shall be fixed by mutual agreement.

4. PBXs shall be technically adapted to prevent the interconnection of out-of-area tie-lines with civil exchange lines of the PBXs by automatic dialling. This requirement may be dispensed with in the case of manual PBXs if a force otherwise ensures that such interconnections are made only in urgent official cases and only with telephone subscribers in the local exchange areas in which the PBXs are located.

5. In the case of secondary PBXs of a force, outgoing and up to two incoming or alternately operated exchange lines to the civil telephone exchange in the locality of the secondary PBX in question shall be permissible. It shall be rendered technically impossible to connect such exchange lines to the main PBX.

6. Any desired number of parallel telephone sets may be connected to PBX extension stations not authorized access to exchange lines. In the case of PBX extension stations authorized access to exchange lines, the number of parallel telephone sets for any one PBX extension station should not exceed two. If, in exceptional cases, a force connects more than two parallel telephone sets to a PBX extension station authorized access to exchange lines, it shall be responsible for any interference or operational difficulties resulting therefrom.

ARTICLE 6

Minimum Period of Lease

1. The minimum period of lease for main stations and lines shall be three months. Notwithstanding this, main stations and lines may in the event of manoeuvres, training exercises, and other similar occasions, be leased for short periods (within the meaning of Section 16 of the Fernsprechordnung of 24 November 1939, Official Gazette of the Reichsminister of Posts and Telecommunications, page 859).

2. The German regulations governing the minimum period of lease shall not apply to existing PBXs owned by the German Federal Post.

ARTICLE 7

Notice of Termination

1. Leases for main stations may be terminated at the end of any month following the expiry of the minimum period of three months. Notice of such termination must be received by the German Federal Post by the twentieth day of the month concerned.

2. Leases on circuits may, subject to ten days' notice in advance, be terminated at any time subsequent to the expiry of the minimum period of three months.

ARTICLE 8

Accounting Procedures

1. The following deviations from normal German accounting procedures shall apply to telecommunication services rendered to the force:

- (a) Bills shall be payable within thirty days.
- (b) Written notification of any arrears in payment shall be submitted on the forty-fifth calendar day subsequent to the issuance of bills. Interest shall not be charged on arrears in payment, nor shall services be suspended.
- (c) Bills for particular items to which the force takes exception shall be returned immediately to the issuing office together with all pertinent documentation. If agreement concerning the disputed amounts cannot be reached immediately upon the return of the bill, a new and provisional bill excluding the disputed amounts shall be prepared. Efforts will be made to reach agreement concerning the disputed amounts within thirty days. Should the force agree to pay a disputed amount, such amount shall be included in the next regular bill, the force being notified thereof beforehand in writing.
- (d) (i) All amounts still disputed at the close of the fiscal year of a force shall at the request of the force concerned be included in the bills for the final calendar month of such fiscal year. The disputed amounts shall be marked as such. Efforts to reach agreement concerning them shall continue. Other charges included in these bills shall be payable within thirty days.
(ii) Disputed amounts omitted through error from the billing at the close of the fiscal year of a force shall be included in subsequent regular billing. The force shall be notified separately in writing thereof, such notification to contain all data necessary for payment in the manner of an invoice.
- (e) Bills for line charges calculated at the Fernmeldetechnisches Zentralamt shall be submitted collectively after the twentieth day of each calendar month. Such bills shall include all charges recorded by the Fernmeldetechnisches Zentralamt for the current calendar month up to the date of billing. Charges recorded after the date of billing shall be billed in the subsequent calendar month. Lines installed for manoeuvres and other training exercises shall be billed separately.

2. Other deviations from accounting procedures, concerning a single force, may be agreed upon between the authorities of the force and the Federal Ministry of Posts and Telecommunications.

ARTICLE 9

Provisions concerning Tariffs

1. The following deviations from German regulations governing tariffs shall apply to a force:

- (a) The charge for the lease of a telephone out-of-area tie-line (third sentence of paragraph 1 of Section 7 of the Fernsprechordnung) shall irrespective of length be 1.20 Deutsche Mark monthly per hundred metres.

(b) The charge for the lease of a teleprinter out-of-area tie-line (Annex to the Verordnung über Gebühren für Nebentelegraphen und für den Fernschreibdienst of 12 June 1942, Official Gazette of the Reichsminister of Posts and Telecommunications, II A 4 on page 415) shall irrespective of length be 0.45 Deutsche Mark monthly per hundred metres.

2. The loss-of-call charge (Gebühr für den Ausfall an Gesprächsgebühren) (Sections 6 and 7 of the Fernsprechordnung) shall not be levied for that portion of a circuit irrespective of length which runs in telecommunication circuits (*i.e.*, all types of cables, open wire and radio circuits) which have been constructed from the national funds of a force or from occupation cost, mandatory expenditures or support cost funds.

3. Paragraph 2 of this Article shall apply *mutatis mutandis* to the one-time contribution to cost for extension lines (Section 6 of the Fernsprechordnung).

ARTICLE 10

Entry into Force

The present Agreement shall enter into force on the date of the entry into force of the Supplementary Agreement.⁽²⁾

⁽²⁾ The Agreement entered into force on July 1, 1963.

**ACCORD ADMINISTRATIF PORTANT APPLICATION DE L'ARTICLE
60 DE L'ACCORD COMPLÉTANT LA CONVENTION ENTRE
LES ÉTATS PARTIES AU TRAITÉ DE L'ATLANTIQUE
NORD SUR LE STATUT DE LEURS FORCES, EN CE QUI
CONCERNE LES FORCES ÉTRANGÈRES STATIONNÉES
EN RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE**

En vue d'assurer l'exécution des dispositions de l'Article 60 de l'Accord complétant la Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République Fédérale d'Allemagne, signé à Bonn, le 3 août 1959 (dénommé ci-après " Accord Complémentaire ") les Gouvernements

DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,

DU ROYAUME DE BELGIQUE,

DU CANADA,

DES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE,

DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

DU ROYAUME DES PAYS-BAS, et

DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT :

ARTICLE 1

Présentation des demandes

1.—Les demandes d'utilisation des services de télécommunications sont présentées par les services d'une force habilités à cet effet au service compétent des Postes fédérales allemandes (Deutsche Bundespost).

2.—(a) Les demandes sont présentées par écrit.

(b) Exceptionnellement, elles peuvent en cas d'urgence être adressées par téléphone, téléscripneur ou télégraphe. Ces demandes doivent être confirmées par écrit dans les quarante-huit heures.

3.—Les circuits de télécommunications, à l'exclusion des lignes transversales de rattachement normal et des lignes supplémentaires de rattachement normal, sont demandés conformément à la procédure NALLA. Toute dérogation à cette procédure doit faire l'objet d'un arrangement entre une force et le Ministère fédéral des Postes et Télécommunications.

ARTICLE 2

Fourniture des services de télécommunications

1.—Sauf impossibilité technique, les Postes fédérales allemandes satisfont dans les sept jours aux demandes d'abonnements téléphoniques et télégraphiques, principaux ou supplémentaires, ainsi qu'aux demandes de circuits de toute catégorie.

2.—Dans les cas d'urgence, les services d'une force habilités à cet effet peuvent demander l'établissement en priorité des services de télécommunications mentionnés au paragraphe 1 du présent Article. Normalement, les Postes fédérales allemandes satisfont à ces demandes dans les quarante-huit heures.

ARTICLE 3

Abonnements principaux et supplémentaires exceptionnels

1.—Pour des raisons impérieuses d'ordre militaire une force peut demander des abonnements supplémentaires exceptionnels à des distances supérieures à vingt-cinq kilomètres à vol d'oiseau et des abonnements principaux exceptionnels. Ces demandes ne peuvent être présentées que par les commandements militaires supérieurs d'une force.

2.—L'Article 2 du présent Accord s'applique à la fourniture des services de télécommunications indiqués ci-dessus.

ARTICLE 4

Location de circuits de télécommunications

1.—Les lignes supplémentaires de rattachement normal utilisées par les forces américaine, britannique et française, ainsi que par les Forces aériennes canadiennes, sont soumises à un tarif forfaitaire, calculé d'après la longueur moyenne des circuits utilisés par chaque force. Le tarif forfaitaire appliqué à la force britannique l'est également à la brigade canadienne.

2.—Les taxes relatives aux circuits de télécommunications détournés de la voie normale à la demande d'une force sont calculées d'après les distances en ligne droite entre le point de départ, les points de détour et le point d'arrivée du circuit.

3.—Les installations supplémentaires des forces, ainsi que celles des Forces armées allemandes, peuvent être interconnectées par des lignes de rattachement normal et de rattachement exceptionnel. Le nombre de ces circuits doit se limiter au minimum indispensable, et, dans chaque cas particulier, tout circuit doit être établi après accord entre les représentants des Commandements des forces intéressées, qui ont été désignés à cet effet, et le Ministère fédéral des Postes et Télécommunications.

4.—S'il apparaît que la durée de l'interruption d'un circuit de télécommunications dépasse six heures, un circuit de remplacement est connecté dans la mesure du possible.

5.—Lorsque des lignes transversales de rattachement exceptionnel téléphoniques ou télégraphiques et des lignes supplémentaires de rattachement exceptionnel dépassant une longueur de vingt-cinq kilomètres et soumises au tarif intérieur allemand sont interrompues et qu'il n'est pas établi de circuit de remplacement, un trentième de la taxe mensuelle pour chaque jour de calendrier au cours duquel une ligne aura subi une interruption continue de plus de douze heures, est remboursé. Le début de l'interruption est déterminé par l'heure d'arrivée de l'avis de dérangement au service compétent des Postes fédérales allemandes.

6.—Lorsque le tarif CCITT est appliqué pour l'utilisation des lignes internationales, le remboursement en cas de dérangements de ces lignes est calculé selon les recommandations du CCITT.

7.—Les circuits téléphoniques soumis au tarif intérieur allemand et loués à une force peuvent être utilisés alternativement ou simultanément pour le téléphone, pour la transmission d'images ou de fac-similés et, à l'aide d'un appareil à un canal, pour la transmission de signaux télégraphiques. Cette utilisation ne donne pas lieu à la perception d'une surtaxe.

8.—(a) Les Postes fédérales allemandes mettent à la disposition d'une force des circuits porteurs pour télégraphie permettant la transmission, à l'aide d'appareils à canaux multiples, des signaux télégraphiques ou des renseignements mécanographiques.

(b) La taxe afférente à un circuit porteur pour télégraphie s'élève à une fois et demie la taxe due pour les circuits téléphoniques, quel que soit le nombre de canaux en service.

9.—(a) Les équipements terminaux utilisés aux fins autorisées aux termes des paragraphes 7 et 8 du présent Article sont fournis, entretenus et dépannés par la force.

(b) Les types de ces équipements terminaux sont, avant leur mise en service, tenus à la disposition des Postes fédérales allemandes afin qu'elles puissent les examiner. Les éléments d'équipements terminaux qui sont classés secret militaire ne sont examinés que par rapport à leurs effets sur le réseau public. Les Postes fédérales allemandes sont toujours préalablement informées de la connexion de ces équipements terminaux aux circuits loués, sauf dans le cas où, à l'occasion de manœuvres ou d'autres exercices militaires, une telle notification est impossible pour les équipements utilisés aux fins prévues aux termes du paragraphe 7 du présent Article.

(c) Les équipements terminaux utilisés aux fins prévues aux termes des paragraphes 7 et 8 du présent Article ne sont pas installés à l'intérieur des locaux des Postes fédérales allemandes. Des dérogations aux présentes dispositions peuvent être convenues en cas de manœuvres et autres exercices militaires.

ARTICLE 5

Installations téléphoniques supplémentaires

1.—Les installations supplémentaires d'une force actuellement en service et qui ne sont pas conformes aux prescriptions allemandes demeurent en service, à condition qu'elles ne nuisent pas au bon fonctionnement du réseau téléphonique public.

2.—Les installations supplémentaires existantes permettant la sélection directe de leurs postes à partir du réseau public peuvent demeurer en service dans leur état actuel, même si elles ne sont pas équipées d'une position de réponse et d'un dispositif de transfert automatique. A l'avenir, de telles installations ne seront réalisées que dans des cas exceptionnels.

3.—(a) En ce qui concerne les installations supplémentaires mentionnées au paragraphe 2 du présent Article, il est perçu une taxe mensuelle supplémentaire pour chaque ligne principale, qu'il s'agisse d'une ligne d'arrivée ou d'une ligne mixte.

(b) La taxe n'est perçue que lorsque, dans le réseau téléphonique local des Postes fédérales allemandes utilisé par une force, les conditions techniques nécessaires ont été créées pour le transfert automatique des communications téléphoniques interurbaines à des installations supplémentaires avec possibilité de sélection directe, et si toutes les installations supplémentaires allemandes de sélection directe dans ce réseau local répondent aux exigences posées par les Postes fédérales allemandes.

(c) Le montant de la taxe uniforme pour tous les réseaux locaux est fixé d'un commun accord.

4.—L'interconnexion automatique entre lignes transversales de rattachement exceptionnel et lignes principales doit être rendue techniquement irréalisable. Cette obligation peut toutefois être levée en ce qui concerne les centraux téléphoniques manuels si la force donne par ailleurs l'assurance qu'une telle interconnexion ne s'effectue que pour des liaisons de service exceptionnellement urgentes et uniquement avec des abonnés rattachés au réseau téléphonique local public où se trouve l'installation supplémentaire en cause.

5.—Les installations supplémentaires secondaires d'une force peuvent être reliées au central téléphonique public local, le nombre autorisé de lignes principales de départ étant illimité et le nombre de lignes principales d'arrivée ou mixtes limité à deux. L'interconnexion de ces lignes avec l'installation supplémentaire primaire doit être rendue techniquement irréalisable.

6.—Les appareils en parallèle peuvent être raccordés en nombre illimité aux postes supplémentaires n'ayant pas accès au réseau public. En revanche, ce nombre doit être réduit à deux pour les postes supplémentaires ayant accès au réseau public. Si, dans des cas exceptionnels, une force installe plus de deux appareils en parallèle, elle est responsable des dérangements ou difficultés d'exploitation susceptibles d'en résulter.

ARTICLE 6

Durée minimum de location

1.—La durée minimum des abonnements principaux et des locations de lignes est de trois mois. Nonobstant la présente disposition, des abonnements principaux et des locations de lignes peuvent être consentis, pour une courte période, à l'occasion de manœuvres, d'exercices militaires ou dans des

circonstances analogues (au sens de l'Article 16 de la Fernsprechordnung du 24 novembre 1939, Journal Officiel du Ministre des Postes du Reich, page 859).

2.—Les prescriptions allemandes relatives à la durée minimum de location ne s'appliquent pas aux installations supplémentaires existantes appartenant aux Postes fédérales allemandes.

ARTICLE 7

Résiliation

1.—Les abonnements principaux peuvent, après la période de location de trois mois révolus, être résiliés pour la fin de chaque mois. Les demandes de résiliation doivent parvenir aux Postes fédérales allemandes le vingt de chaque mois au plus tard.

2.—Pour les locations de lignes, les demandes de résiliation peuvent, après une période minimum de location de trois mois révolus, être introduites à tout moment, le délai de résiliation étant de dix jours.

ARTICLE 8

Système de décompte

1.—Le décompte des services de télécommunications utilisés par une force s'opère d'après le système allemand normal, compte tenu des dérogations indiquées ci-après :

- (a) Pour toutes les factures le délai normal de paiement est fixé trente jours.
- (b) Le quarante-cinquième jour suivant l'expédition des factures, les forces sont invitées, par écrit, à payer les factures non encore réglées. En cas d'arriérés de paiement, il n'est procédé, ni à la facturation des intérêts, ni à l'interruption des services de télécommunications.
- (c) Les factures, dont certains montants sont contestés par une force, sont retournées sans délai au bureau émetteur, accompagnées de toutes les pièces justificatives. Si aucun accord n'est réalisé immédiatement après le retour de la facture, le bureau émetteur établit une nouvelle facture provisoire ne comprenant pas les montants litigieux. Les deux parties s'efforcent de parvenir à un accord dans un délai de trente jours. Dans le cas où la force accepte de payer les montants contestés, ceux-ci sont portés sur la facture normale suivante et la force en est informée au préalable par écrit.
- (d) (i) Tous les montants restant contestés à la fin de l'exercice budgétaire d'une force sont, à sa demande, portés sur les factures concernant le dernier mois de cet exercice. La rédaction des factures les fait ressortir avec netteté. La recherche d'un accord est poursuivie. Les autres montants figurant sur les factures sont à payer dans un délai de trente jours.

(ii) Les montants litigieux qui, par erreur, ne figureraient pas sur la dernière facture de l'exercice budgétaire d'une force, sont portés sur une facture normale ultérieure. La force en est avisée par écrit; cet avis comprend, de même qu'une facture, toutes les données nécessaires à la liquidation.

(e) Les factures relatives aux taxes pour circuits dont le calcul s'effectue au Centre technique des Télécommunications (Fernmeldetechnisches Zentralamt), sont présentées collectivement à partir du vingt de chaque mois. Elles comprennent toutes les taxes dues, jusqu'à la fin du mois en cours, selon les documents dont dispose le Centre technique des Télécommunications à la date d'établissement de la facture. Les taxes constatées après cette date sont portées sur la facture du mois suivant. Des factures spéciales sont établies pour les circuits de manœuvres et autres exercices militaires.

2.—D'autres dérogations au système de décompte, qui ne concernent qu'une seule force, peuvent faire l'objet d'un accord entre les autorités de la force et le Ministère fédéral des Postes et des Télécommunications.

ARTICLE 9

Dispositions tarifaires

1.—Une force bénéficie des dérogations suivantes par rapport aux prescriptions allemandes sur les taxes de télécommunications :

(a) La taxe pour la location d'une ligne transversale téléphonique de rattachement exceptionnel (paragraphe 1 de l'Article 7, troisième phrase, de la Fernsprechordnung) est fixée, quelle que soit sa longueur, à Deutsche Mark 1,20 par 100 mètres et par mois.

(b) La taxe pour la location d'une ligne transversale de rattachement exceptionnel pour téléscripneur (Annexe à la Verordnung über Gebühren für Nebentelegraphen und für den Fernschreibdienst, du 12 juin 1942, Journal Officiel du Ministre des Postes du Reich, page 415, II A 4) est fixée, quelle que soit sa longueur, à Deutsche Mark 0,45 par 100 mètres et par mois.

2.—La taxe pour perte de communications (Gebühr für den Ausfall an Gesprächsgebühren) (Articles 6 et 7 de la Fernsprechordnung) n'est pas perçue pour la partie d'une liaison qui, quelle que soit sa longueur, emprunte des lignes de télécommunications (à savoir toutes les catégories de câbles, lignes aériennes et circuits radio) dont la construction a été financée à l'aide des fonds nationaux d'une force ou sur les budgets de frais d'occupation et des dépenses imposées ou des frais de stationnement.

3.—Le paragraphe 2 du présent Article s'applique mutatis mutandis à la contribution aux frais payée une seule fois pour les lignes téléphoniques supplémentaires (Article 6 de la Fernsprechordnung).

ARTICLE 10

Entrée en vigueur

Le présent Accord prendra effet à la date d'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959, in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Wortlaute gleichermaßen verbindlich sind, in einer Urschrift, die in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt jeder Unterzeichnerregierung beglaubigte Ausfertigungen.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Representatives duly authorized thereto by their respective Governments have signed the present Agreement.

DONE at Bonn, this third day of August 1959, in the German, English and French languages, all texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany which shall transmit certified copies thereof to each signatory Government.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Bonn, le trois jour du mois d'août 1959, en trois textes, en langues allemande, anglaise et française, les trois versions faisant également foi, en un exemplaire unique qui sera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, qui en remettra des copies certifiées conformes à chacun des Gouvernements signataires.

Für das Königreich Belgien:

For the Kingdom of Belgium:

Pour le Royaume de Belgique:

BARON DE GRUBEN

Für Kanada:

For Canada:

Pour le Canada:

ESCOTT REID

Für die Französische Republik:

For the French Republic:

Pour la République Française:

FRANÇOIS SEYDOUX

Für die Bundesrepublik Deutschland :
For the Federal Republic of Germany :
Pour la République Fédérale d'Allemagne :

A. H. VAN SCHERPENBERG

Für das Königreich der Niederlande :
For the Kingdom of the Netherlands :
Pour le Royaume des Pays-Bas :

K. VAN VREDENBURCH

Für das Vereinigte Königreich von Grossbritannien und Nordirland :
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland :
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord :

CHRISTOPHER STEEL

Für die Vereinigten Staaten von Amerika :
For the United States of America :
Pour les États-Unis d'Amérique :

DAVID BRUCE

Printed and published by
HER MAJESTY'S STATIONERY OFFICE

To be purchased from
York House, Kingsway, London w.c.2
423 Oxford Street, London w.1
13A Castle Street, Edinburgh 2
109 St. Mary Street, Cardiff
39 King Street, Manchester 2
50 Fairfax Street, Bristol 1
35 Smallbrook, Ringway, Birmingham 5
80 Chichester Street, Belfast 1
or through any bookseller

Printed in England